

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Anton Friesen und der Fraktion der AfD

### Strukturen und Aktivitäten der Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“

Die internationale Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (dt. Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen, kurz BDS) hat sich den Kampf gegen Israel zum Ziel gesetzt (<http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>).

Die „Strafmaßnahmen“ sollen u.a. solange gelten bis Israel seiner vermeintlichen „Verpflichtung“ nachkommt, „[d]ie Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt“ und „[d]ie Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert“ (ebd.).

Dabei bezieht sich die BDS-Kampagne offensichtlich auf den Anti-Terror-Sicherheitszaun zwischen den palästinensischen Autonomiegebieten und Israel, welcher maßgeblich dazu beigetragen hat, die Anzahl an Terroranschlägen zu reduzieren (vgl. [www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/terrorism/palestinian/pages/saving%20lives-%20israel-s%20anti-terrorist%20fence%20-%20answ.aspx](http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/terrorism/palestinian/pages/saving%20lives-%20israel-s%20anti-terrorist%20fence%20-%20answ.aspx)). Und zum anderen an eine UN-Resolution von 1948 in der es heißt, dass es „Flüchtlingen“ zum praktisch frühesten möglichen Zeitpunkt erlaubt werden solle, zurückzukehren – wenn sie in Frieden mit ihren Nachbarn leben zu wünschen (vgl. UN-Resolution 194, Punkt 11).

Da der „Flüchtlingsstatuts“ bei den sogenannten Palästinensern, als einziger „Flüchtlingsgruppe“ weltweit, aufgrund einer Definition der UNRWA weitervererbt wird, müsste Israel mehrere Millionen angeblicher „palästinensischer Flüchtlinge“ die vermeintliche „Rückkehr“ gestatten. Die Forderungen kommen in Folge dessen einer Auslöschung der jüdischen Identität Israels gleich.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie positioniert sich die Bundesregierung gegenüber der BDS-Kampagne?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, die BDS-Kampagne als antisemitisch einzustufen (bitte begründen)?
3. Plant die Bundesregierung BDS zu verbieten?
4. Welche politischen Mandatsträger sind der Bundesregierung bekannt, welche die BDS-Kampagne unterstützen?
5. Welche Künstler, Prominente oder sonstige Personen des öffentlichen Lebens sind der Bundesregierung bekannt, welche die BDS-Kampagne unterstützen?

6. Welche Vereine, kirchliche Einrichtungen, Gewerkschaften oder sonstige Organisationen sind der Bundesregierung in Deutschland bekannt, welche die BDS-Kampagne unterstützen?
7. Welche Unternehmen sind der Bundesregierung bekannt, welche die BDS-Kampagne unterstützen?
8. Welche BDS-Aktivisten oder BDS-Bündnisse stehen seit wann unter Beobachtung des Verfassungsschutzes?
9. Welche Verbindungen sind der Bundesregierung zwischen BDS und dem islamistischen Milieu bekannt?
10. Welche Verbindungen sind der Bundesregierung zwischen BDS und dem linksextremistischen Milieu bekannt?
11. Welche Verbindungen sind der Bundesregierung zwischen BDS und dem rechtsextremistischen Milieu bekannt?
12. Welche Verbindungen sind der Bundesregierung zwischen BDS und sonstigen extremistischen, militanten oder terroristischen Organisationen (wie z. B. der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“, kurz PFLP) bzw. Personen bekannt?
13. Welche Aktivitäten von BDS sind der Bundesregierung an Hochschulen (Universitäten/ Fachhochschulen) in Deutschland bekannt?
14. Welche Straftaten sind der Bundesregierung seit dem Jahr 2000 bekannt, welche im Zusammenhang mit BDS-Aktivitäten stehen?

Berlin, den 8. August 2018

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.